

## Kolumbien

# Des Präsidenten faule Äpfel

Unter Präsident Álvaro Uribe ist die Wirtschaft Kolumbiens schnell gewachsen. Zur Stabilität des Landes beigetragen hat der Kampf gegen die linksgerichtete Guerilla. Dabei kommt es aber zu schweren Exzessen: Die Armee tötet Unschuldige – und präsentiert sie als Guerillakämpfer. Von Matthias Knecht

Anfang September gelang Kolumbiens Präsident Álvaro Uribe der Durchbruch auf dem Weg zur dritten Amtszeit. Der Kongress stimmte knapp einem Referendum für eine erneute Wiederwahl des Präsidenten zu. Ob es stattfinden darf, entscheidet demnächst das Verfassungsgericht. Als sicher gilt, dass die Mehrheit der Stimmbürger hinter Uribe stehen wird, sowohl beim Referendum als auch bei den Wahlen im Mai 2010.

Der einstige Liberale und heute konservative Hardliner ist populär wie kein anderer Präsident zuvor. In den Meinungsumfragen erklären sich um die 70 Prozent der Bürger zufrieden mit ihrem Präsidenten, ein Rekord in Lateinamerika. Warum das so ist, zeigt das wuselnde Geschäftszentrum der Hauptstadt Bogotá. Hochhäuser schiessen aus dem Boden, und die Einkaufszentren und Strassencafés sind voll, als hätte es nie Bombenanschläge gegeben. Nur die allgegenwärtigen Waffenkontrollen und ein paar schwerbewaffnete Polizisten mit Spürhunden erinnern daran, dass weit draussen im Urwald ein Bürgerkrieg tobt.

## Kanonenfutter

Seit Uribe 2002 die Macht antrat, geht es mit Kolumbien aufwärts. Dank bisher mehr als sieben Milliarden Dollar Militärhilfe der USA schwächte Uribe die linksgerichtete Guerilla. Sie verfügt jetzt nur noch über die Hälfte ihrer einstigen Kampfkraft. Die Gegenseite, die rechtsgerichteten Paramilitärs, erklärte Uribe im Juli gar für aufgelöst. Zuvor hatten angeblich 32 000 der «Paras» die Waffen niedergelegt, dank grosszügigen Amnestieangeboten. Die Wirtschaft dankte es dem Präsidenten. Die Auslandsinvestitionen vervielfachten sich unter seiner Regierung auf derzeit neun Milliarden Dollar jährlich. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs pro Jahr um bis zu 7,5 Prozent.

«Demokratische Sicherheit» nennt Uribe seine Politik. Deren dunkle Seiten sind eine Autostunde südlich vom boomenden Bogotá zu sehen, im Vorort Soacha. Die einst verschlafene Kleinstadt mit ihren ungepflasterten Strassen und ärmlichen Behausungen zählt heute rund eine Million Einwohner. Die meisten von ihnen sind von Kämpfen in den Provinzen Vertriebene. Täglich kommen neue Familien an. Die angeblich aufgelösten Paramilitärs patrouillieren in Soacha auf der Strasse, erheben Steuern von Ladenbesitzern und Busfahrern. Handgeschriebene Plakate werben für zwei besonders berüchtigte Gruppen, die «Schwarzen Adler» und die «Selbstverteidigungseinheiten Kolumbiens».

In Soacha lebte auch Fair Leonardo Porras. Vor einem Jahr identifizierte dessen Mutter Luz Marina Bernal die grausam zugerichtete Leiche ihres Sohnes. Seither kämpft sie um Aufklärung und Gerechtigkeit. Denn die Armee präsentierte ihn in offensichtlich gestellten Fotos als getöteten Guerillakämpfer. Zu sehen ist die Leiche des Linkshänders Porras mit der Waffe in der rechten Hand – derjenigen, die er aufgrund seiner Hirnschädigung nicht recht gebrauchen konnte. «Er war das liebevollste meiner vier Kinder», sagt Bernal über ihren geistig behinderten Sohn. Der 26-jährige Analphabet mit dem Entwicklungsstand eines Neunjährigen habe keine Ahnung von Dingen wie Politik oder Guerilla gehabt. «Er war eine leichte Beute für skrupellose Menschenhändler.»

Informelle Mitarbeiter der Armee verschleppten Porras unter falschen Versprechungen ins 400 Kilometer entfernte Guerillagebiet Norte de Santander, wo er den Soldaten der 15. Brigade als Kanonenfutter diente. Für Porras zahlte deren Kommandant ein Kopfgeld von 100 Franken. Finanziert wurde es aus Prämien, die Kolumbiens Armee für Guerilla-Informanten bereithält. Der Kommandant verbesserte damit seine Erfolgsstatistik im Guerillakampf. Und die beteiligten Soldaten erhielten fünf Tage Sonderurlaub, die



JOSE ENRIQUE MOLINA / FLOLINE

Der wachsende Wohlstand Kolumbiens zeigt sich an modernen Bauten in der Hauptstadt Bogotá (oben). Verharmlosen die Ermordung unschuldiger Zivilisten: Präsident Álvaro Uribe und der Chef der kolumbianischen Armee, Freddy Padilla. (29. Oktober 2008)



WILLIAM FERNANDO MARTINEZ / AP

in Kolumbien übliche Belohnung für das Töten von Rebellen.

Mit Porras starben 13 weitere junge Männer unter ähnlich ungerechten Umständen. Einer trug eine frisch gebügelte Guerilla-Uniform, deren Einschusslöcher nicht mit denen des Körpers übereinstimmten. Ein anderer Ermordeter trug nagelneue, unbenutz-



EHRINGFELD

Luz Marina Bernal mit dem Bild ihres Sohnes, der von Soldaten getötet wurde.

te Kampfstiefel, mehrere Nummern zu gross. Gemeinsam ist ihnen, dass sie wie Porras aus Soacha stammten. «Sie nehmen die Jungs aus den Armenvierteln mit und lassen sie nachher als Guerilleros erscheinen», sagt Bernal.

Auf Druck der Presse räumte Kolumbiens Armee ein, der Erfolgsstatistik zuliebe Unschuldige vorsätzlich ermordet zu haben. Sie spricht in technokratischer Sprache von «falschen Positiven» im Kampf gegen die Guerilla. Präsident Uribe stellte die Morde als «bedauernde Entgleisungen» dar. Er diagnostizierte «faule Äpfel» in der Armee und setzte zwei Dutzend hoher Offiziere ab. Eine Entschuldigung oder Entschädigung erhielten bisher weder Bernal noch die anderen Mütter in Soacha. Im Gegenteil, Uribe beschimpfte die Familien der Opfer öffentlich als Guerilla-Sympathisanten.

Das Argument der «faulen Äpfel» weist der Uno-Sonderbeauftragte für aussergerichtliche Hinrichtungen, Philip Alston, zurück. Die Morde an den 14 jungen Männern in Soacha seien nur «die Spitze des Eisbergs», stellte Alston nach einem Besuch in Kolumbien im vergangenen Juni fest. Er fand Indizien für ähnliche Praktiken in 13 Departementen Kolumbiens. Eine «bedeutende Zahl von Militäreinheiten» betreibt demnach die «mehr oder weniger systematische» Ermordung von

Dass die Armee Unschuldige umbringt, ist für Präsident Uribe eine «bedauernde Entgleisung».

Unschuldigen, um sie danach als gefallene Guerillakämpfer zu präsentieren.

Die regierungsunabhängige kolumbianische Juristenkommission CCJ dokumentierte zwischen 2002 und 2008 insgesamt 1205 Fälle von Morden oder spurlos Verschwundenen, die sie der Armee und der Polizei zuschreibt. Die Opfer sind zum Teil zufällig gewählt, so wie Porras. Zu den Opfern gehören aber auch Journalisten, Gewerkschaftsführer und Menschenrechtler. «Solche Fälle sind eine direkte Folge der Politik der demokratischen Sicherheit», sagt CCJ-Anwältin Milena Méndez.

Wer über das schmutzige Zusammenspiel von Regierung, Armee und den angeblich aufgelösten Paramilitärs recherchiert, gerät ins Fadenkreuz des Präsidenten. Diese Erfahrung machte der Fernsehjournalist Hollman Morris. Uribe nannte den Mitarbeiter von Radio France International und BBC öffentlich einen «Terroristen und Sympathisanten der Guerilla». Seither er-

## Kolumbien



Einwohnerzahl: 42 Millionen  
Bevölkerungsdichte: 36,8 Einwohner pro km<sup>2</sup>  
Wirtschaft: 62% Dienstleistungen, 24% Industrie, 14% Landwirtschaft  
Wirtschaftswachstum 2007: 7,5%. 2008: 2,5%.  
BIP/Einwohner: 3611 \$

hält Morris täglich anonyme Morddrohungen. Seine Familie lebt mit Bodyguards, seine Kinder müssen im gepanzerten Auto in die Schule gefahren werden. «Uribes Politik ist weder demokratisch noch sicher», sagt Morris während eines 24-stündigen Aufenthalts bei seiner Familie in Bogotá. Länger hält er sich nicht in Kolumbien auf, aus Angst vor einem Attentat.

## Einladung zum Mord

Der Journalist präsentiert einen Untersuchungsbericht der Staatsanwaltschaft. Demnach spionierte ihn Kolumbiens Geheimdienst seit 2004 aus, ebenso zwei Dutzend weiterer unbescholtener Bürger, unter ihnen Richter und Gewerkschafter. Die widerrechtlich beschafften Erkenntnisse aus deren Privatleben verkaufte der Geheimdienst an paramilitärische Gruppen und ihre Killer – in Kolumbien eine Einladung zum Mord.

Als der Spitzelskandal im Februar aufflog, diagnostizierte Uribe wiederum «faule Äpfel». Er feuerte den Geheimdienstchef und erklärte, von nichts gewusst zu haben. Indessen spionierte der dem Präsidenten direkt unterstellte Geheimdienst weiterhin Personen aus, als sei nichts geschehen. Im August wurde bekannt, dass Kolumbiens Geheimdienst auch jene Kongressabgeordneten überwachte, deren Zustimmung zu Uribes Wiederwahl als unsicher galt. Bespitzelt wurde nebenbei auch derjenige Staatsanwalt, der die Spitzelaffäre untersuchte.

An Uribe, dem Vorkämpfer gegen die Guerilla, tropfen alle Vorwürfe ab. Unbeschadet überstand er bisher auch den Skandal der «Parapolitik». Seit 2008 ermittelt die zunehmend mutige Staatsanwaltschaft Kolumbiens gegen mehr als 100 gegenwärtige und ehemalige Parlamentsabgeordnete, die Mehrheit aus den Reihen Uribes. Sie werden verdächtigt, mit paramilitärischen Killern zusammengearbeitet zu haben.

Indessen hofft auch Luz Bernal auf die Courage des Richters, der mit dem Mordfall ihres Sohnes betraut ist. Die Gerichtstermine bereiten ihr schlaflose Nächte, und die juristischen Dokumente sind für sie unverständlich. Fragt man sie nach dem Mörder ihres Sohnes, antwortet sie: «Álvaro Uribe.»